

# Suburbanisierung für alle? Drei Kritiken ...

... zu Häußermann/Siebel: „Krise der Stadt - Krise der Stadt?“ (Leviathan 4/78) bzw. „Die Stadt im traditionellen Sinne hat aufgehört zu existieren“ (Frankfurter Rundschau 15.11.78).

Unter dem Titel „Die Stadt im traditionellen Sinn hat aufgehört zu existieren“ erschien am 15.11.1978 ein Artikel in der Frankfurter Rundschau, in dem H. Häußermann und W. Siebel Thesen zur gegenwärtigen Stadtentwicklung und -politik zur Diskussion stellten. Wenig später wurde dieser Text in der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift LEVIATHAN als Editorial zu Heft 4/78 veröffentlicht, in dem nach einer Reihe von Diskussionen und Arbeitssitzungen einer Gruppe von Wissenschaftlern und Planern Forschungsergebnisse und -perspektiven zum Themenschwerpunkt „Soziologie der Stadt“ zusammengestellt wurden. Insbesondere das Editorial gab dabei Anlaß, die Diskussion fortzusetzen und zu erweitern, um in einer ebenso deutlichen wie solidarischen Kritik die Versuche zur Einschätzung gegenwärtiger Entwicklungstendenzen und möglicher Alternativen zu konkretisieren.

Eberhard v. Einem, Manfred Konukiewicz, Wulf Tessin

## Die Kernstadt - ein Randproblem?

Im Rahmen der aktuellen 'Stadtflucht'-Diskussion haben H. Häußermann und W. Siebel ein stadtentwicklungspolitisches Konzept vorgelegt, das den Anspruch einer sozial orientierten Alternative zur herrschenden Stadtentwicklungspraxis erhebt und das im wesentlichen zwei Zielkomponenten enthält:

- Die Suburbanisierungstendenzen und (vermeintlichen?) Auflösungserscheinungen der Großstädte sollen nicht abgeschwächt, sondern, wenn auch geplant, unterstützt werden. Auch denjenigen, die sich bisher den Auszug aus der Kernstadt nicht leisten konnten, soll die Abwanderung ermöglicht werden. Gefordert wird deshalb nicht nur eine soziale, sondern auch räumliche Umverteilungspolitik. „Die Mittel, die gegenwärtig voraussehbar nutzlos dafür verpulvert werden, expandierende Betriebe und einkommensstarke Haushalte (in der Kernstadt, d. Verf.) zu halten, sollten dafür verwendet werden, die Abwanderung auch der stagnierenden Betriebe und auch der ökonomisch schwachen Bevölkerung zu fördern.“ (S. 481)
- Die innerstädtischen Wohnquartiere mit großem Altbaubestand sollen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten „gesichert“ und auf ein „angemessenes Ausstattungsniveau“ gehoben werden, ohne daß die billigen Wohnungen durch Mieterhöhungen im Zuge z.T. öffentlich geförderter Wohnungsmodernisierungen an einkommensstärkere Haushalte verloren gehen. (S. 481)

Angesichts der bisher üblichen statistischen Definitionen des zur Debatte stehenden Problems (infrastrukturell-fiskalische Auswirkungen der Stadtflucht als zentrale Nachteile für die Kernstadt) ist es wichtig und zu begrüßen, daß Häußermann/Siebel diesen eine soziale, verteilungspolitisch sensible Perspektive gegenüberstellen wollen. Gerade wegen der grundsätzlichen Übereinstimmung mit diesem Ansatz erscheint es uns wichtig, die vor-

gelegte Problemanalyse und die daraus gezogenen strategischen Konsequenzen einer Kritik zu unterziehen, die hier — zugegebenermaßen pointiert — auf einige zentrale Punkte beschränkt bleiben muß.

1. Die Darstellung der gängigen Auffassungen zu Ursachen, Folgen und Problemlösungsstrategien hinsichtlich der großstädtischen Erosion ist u.E. weitgehend zutreffend wiedergegeben. Allerdings wird aus den Ausführungen nicht immer deutlich, inwieweit die Autoren die referierte Problembasis teilen, in welchen Punkten sie anderer Ansicht sind und wie ihre Einschätzung der Krisenhaftigkeit städtischer Entwicklungen ist. Anders ausgedrückt: Handelt es sich bei der 'Krise der Stadt' wirklich nur um eine 'ideologische Verdrehung' oder um eine real existierende Krise?

Versucht man das Problemverständnis der Autoren zu rekonstruieren, so scheint sich das Problem der Kernstädte bei ihnen vor allem auf die Vernichtung relativ preisgünstiger Altbauwohnungen durch Modernisierung im Rahmen der neueren Strategien zur Stadtfluchtbekämpfung zu reduzieren. So ernst dieser Aspekt zu nehmen ist, so übersieht ein solches Problemverständnis doch eine ganze Reihe anderer Krisensymptome städtischen Alltags wie Mietquote im Sozialen Wohnungsbau, steigende Umweltbelastungen, Infrastrukturdefizite, 'Unwirtlichkeit der Städte', 'Verkehrsstress', vor allem aber Slumbildungstendenzen und Marginalisierungsprozesse, die bei Häußermann/Siebel z.T. zwar gestreift werden, konzeptionell aber so gut wie ohne Folgen bleiben; der statistisch verkürzten gängigen Problemsicht entspricht u.E. bei Häußermann/Siebel eine ebenfalls, wenn auch nun 'sozial' verkürzte Einschätzung der sog. 'Krise der Stadt'.

2. Zudem scheinen die Autoren anzunehmen, daß die aus der politischen Diskussion referierten (und von ihnen abgelehnten) Strategien zur Abschwä-

chung der Abwanderung bereits überwiegende oder sogar durchgängige Stadtentwicklungspraxis sind. Unser Eindruck ist freilich vielmehr der, daß neben (eher schleppend anlaufenden) kernstadtbezogenen Maßnahmen (Modernisierung, Wohnumfeldverbesserung, Einfamilienhausförderung in der Kernstadt) weiterhin solche Maßnahmen vorherrschen, die den Regionalisierungsprozeß der Stadt (eigentlich ganz im Sinne der Autoren) eher begünstigen (Bausparförderung, § 7b EStG, Straßenausbau, Fehlen einer effektiven Bauentwicklungskontrolle in den Umlandgemeinden).

Die Kritik der Autoren an der heutigen Praxis der Stadtentwicklungspolitik greift also insofern zu kurz, als deren tatsächliche Widersprüchlichkeit nicht wirklich perzipiert wird, ja, eine genauere Analyse könnte u.U. erbringen, daß die räumliche Dezentralisierung, um die es den Autoren geht, weitgehend herrschende Praxis ist und vor allem auch bleiben wird, auch wenn die Stadtplanungsdiskussion z.Zt. andere Akzente setzen sollte, hier muß man u.E. sehr deutlich trennen zwischen dem, was tatsächlich abläuft und der 'verbalen Verbrämung' auf Tagungen und geduldigem Papier. Die Autoren geben also — wenn auch mit gewissen Einschränkungen — im Grunde dem, was wahrscheinlich ohnehin nicht aufzuhalten ist, nur die „sozialen Weihnen“.

3. Erstaunlich ist daher, wie leicht es den Autoren zu fallen scheint, bei einem dermaßen nebulös gelassenen gesellschaftlichen Adressatenkreis (wer ist eigentlich angesprochen: die Arbeiterklasse, Unterprivilegierte, Randgruppen, Bewohner der 'depressed areas'?) Redistribuitionseffekte einer real ablaufenden bzw. intendierten Politik festzustellen: Sanierung und Modernisierung führen zwar in der Tat zu Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen, aber ist damit bereits das letzte verteilungspolitische Urteil gefällt? Unseres Erachtens kann z.B. von einer generellen Verschlechterung der Lebenslage durch Umsetzung nicht gesprochen werden. Und die vermeintlichen Vorteile einer polyzentrischen Struktur der Verdichtungsräume? Zumindestens doch nicht auszuschließende negative Effekte wie vermutlich 'ausgedünnte infrastrukturelle Versorgung', erhöhte Mobilitätskosten, 'Privatisierung' des gesellschaftlichen Lebens usw. werden gar nicht erst thematisiert. Überhaupt scheint uns eine bestimmte räumliche Siedlungsstruktur (ob nun polyzentrisch oder nicht) für sich genommen von vergleichsweise geringer bzw. sehr vermittelter redistributiver Bedeutung zu sein. Es ist also nicht recht einzusehen, warum die Autoren ihre sozialorientierte Alternative so eng mit einer



räumlichen Struktur der Stadt verknüpfen.  
4. Problematisch erscheint uns ferner die Unbekümmertheit, mit der die Autoren offenbar annehmen, die intendierten positiven Umverteilungseffekte ihres Stadtentwicklungskonzeptes ließen sich auf die 'gemeinte' Gruppe beschränken und ihre sozialen Auswirkungen — in der doppelten Bedeutung dieses Wortes — übersehen.

Wir hätten z.B. konkret die Befürchtung, daß sich das von den Autoren verfolgte Konzept einer forcierten Dezentralisierung spätestens bei der Durchführung de facto als mittelschichtorientiert erweisen wird, wenn es das nicht schon im Ansatz selbst ist. Aber selbst einmal unterstellt, die forcierte Dezentralisierung sei überhaupt 'sozial' und ließe sich in ihren positiven Effekten auch auf die Zielgruppe begrenzen, so bliebe immer noch die Frage, ob ein solches Konzept gesamtgesellschaftlich vernünftig ist. Aspekte wie 'Zersiedlung der Landschaft', 'erhöhter Energieverbrauch durch erhöhte Mobilität', 'zusätzlicher Infrastrukturbedarf' usf. muß man zumindestens diskutieren, auch wenn diese Argumente zugebenermaßen immer erst dann hervorgeholt werden, wenn breite Massen Wohnwünsche artikulieren, die man dem Bürgerturn längst zugestanden hat. Dieser argumentative 'Bias' ändert aber u.E. nichts am sachlichen Gehalt dieser Bedenken.

5. So definitiv Häußermann/Siebel die sozialorientierte Lösung der 'Krise der Stadt' in einer bestimmten (polyzentrischen) Raumstruktur sehen, so vage und bloß postulativ bleiben doch letztlich ihre Realisierungsvorstellungen: Welchen Spielraum für einen Umbau unserer Städte zu „gleichgewichtigen, polyzentrischen Agglomerationsstrukturen“ gibt es denn noch, insbesondere angesichts immer geringer werdender Zuwächse, die räumlich umverteilt werden könnten? Wie will man denn innerstädtische Altbaugelände für die einkommensschwache Bevölkerung sichern und gleichzeitig auf ein 'angemessenes' Ausstattungsniveau heben? Hier, auf der Durchführungsebene, liegen doch eigentlich erst die wesentlichen Probleme, mit denen sich ein alternatives Stadtentwicklungskonzept auseinanderzusetzen hätte. Dabei scheint uns die These von Häußermann/Siebel, gerade diese Bestandssicherungspolitik beanspruche weniger Förderungsmittel der öffentlichen Hand als der gegenwärtig übrigens nur in Teilen (!) der Altbaugelände über Modernisierungsmaßnahmen ablaufende Gentrification-Prozeß, insofern gewagt, als dieser Prozeß vor allem mit privatem Kapital und zudem in Gebieten erfolgt, die ohnehin nicht zu den 'schlechtsten' Vierteln gehören, er beansprucht also den öffentlichen Haushalt vermutlich weniger als die von den Autoren (zu Recht) geforderte Bestandssicherungspolitik in den Desinvestitionsgebieten, die ja wegen mangelnder Profitabilität privates Kapital kaum mobilisieren könnte und weitgehend auf Sozialkapital angewiesen wäre.

6. Ein sich gesellschaftskritisch verstehender Ansatz kann sich u.E. auch nicht darauf beschränken, eine 'alternative' Lösung vornehmlich auf der Ebene der

Stadtentwicklungspolitik zu diskutieren. Es muß ja hier nicht erst ausführlich dargelegt werden, wie sehr die Stadtentwicklung überlokal bestimmt wird. Es ist unverständlich, weshalb die Autoren nun gerade bei der Entwicklung ihres Ansatzes kaum auf die allgemein gesellschaftlichen, ökonomischen wie politischen Determinanten der Stadtentwicklung zu sprechen kommen und dabei (nur beispielsweise) die ungelösten Probleme des 'Sozialen' Wohnungsbaus, der Bodenfrage usf. ganz unterschlagen. Wir können uns einen 'sozialorientierten' stadtentwicklungspolitischen Ansatz ohne zumindestens die Inangriffnahme der Bodenfrage, der Misere des Sozialen Wohnungsbaus usf. schlechterdings nicht vorstellen.

7. Auch muß erstaunen, daß hier versucht wird, ein 'sozialorientiertes' Konzept der Stadtentwicklung zu proklamieren, ohne die Forderung nach Demokratisierung der Stadtentwicklung zum tragenden Moment eines solchen Konzeptes zu machen. Stattdessen wird eine Politik der Dezentralisierung in den Agglomerationsgebieten formuliert, für die man — sozusagen im Nachhinein — dann einen Träger sucht und offenbar nicht recht zu finden scheint, denn es werden nur — in negativer Abgrenzung — deren vermeintliche Gegner benannt. Es ist nicht erkennbar, ob es sich hierbei um pure Vergeßlichkeit der Autoren handelt oder von ihnen der Demokratisierungsaspekt als selbstverständlich unterstellt wird. Dabei möchten wir nicht den Eindruck erwecken, als entbinde die Partizipations- bzw. Demokratisierungsforderung den sozial engagierten Wissenschaftler von der Aufgabe, inhaltliche Konzepte oder einfach nur Vorschläge zur Stadtentwicklung zu erarbeiten, aber dies hätte u.E. in bezug auf real existierende soziale wie politische Bewegungen zu erfolgen.

8. Schließlich sei noch auf einige u.E.

Fehleinschätzungen und Unklarheiten seitens der Autoren hingewiesen, die wir hier nur andeuten können, aber sicherlich eine ausführlichere Diskussion verdienen:

- Häußermann/Siebel überschätzen u.E. die Bedeutung der auf die Innenstädte gerichteten extensiven Tertiärisierungspolitik für die 'Stadtflucht'.

- Sie unterschlagen völlig die Relevanz des allgemeinen Geburtenrückganges für die Großstädte zumal ihrer innerstädtischen Altbaugelände.

- Nicht diskutiert werden die ja auch durch Modernisierungsmaßnahmen ausgelösten Umzugsketten, zwar wird hierbei zunächst billiger Wohnraum vernichtet (übrigens wohl in der Regel nicht der billigste), aber müßte nicht auch hier (wenn man schon an das 'Nachrückverfahren' glaubt) irgendwann einmal preislich zumutbarer Wohnraum relativ besserer Qualität für die Modernisierungsverdrängten frei werden?

- Was ist schließlich mit der These gemeint, daß die Marginalisierung und ghettomäßige Abkapselung deklassierter Gruppen zumindestens auf der Ebene der Stadtentwicklungspolitik daran zu scheitern scheint, „daß es nicht gelingt, eine Politik zu realisieren, die nur Randgruppen benachteiligt“ (S. 479)?

Wenn man die hier nur skizzierten Kritikpunkte auf einen Nenner bringen wollte, so ist es das (bisweilen oberflächlich anmutende) Rasonieren der Autoren, mit dem sie über die tatsächliche 'Vertracktheit' des Problems hinweggehen Ein fundierter Vorschlag für eine sozialorientierte Alternative zur herrschenden Stadtentwicklungspolitik hätte sich u.E. an folgendes Vorgehen zu halten:

- Sorgfältige Analyse der komplexen und komplizierten Ursache-Wirkungszusammenhänge, wobei sowohl ökonomische als auch soziale, psychologische, politische, rechtliche, administrative und physische Aspekte zu sichten wären.

- Bilanzierung der (absehbaren) kurz- und langfristigen sozialen Folgewirkungen (Bevorteilung und Benachteiligungen) für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Ist-Zustand.

- Abschätzung der Realisierungschancen unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen bzw. unter Voraussetzung zu benennender Veränderungen.

Den Schwierigkeiten (und Frustrationen) einer derart sorgfältigen Analyse real ablaufender Prozesse und möglicher Alternativen mit ihren widersprüchlichen redistributiven Folgewirkungen und vielfältigen Implementationshindernissen darf sich gerade auch eine 'linke' Position nicht verschließen. Die von Häußermann und Siebel an anderer Stelle vertretene These (S. 491), die kritische Stadtsoziologie müsse zur Praxis der Administration Distanz halten, kann u.E. doch nur heißen, daß die Stadtsoziologie die Spannung auszuhalten hat und überhaupt nur dort fruchtbar werden kann, wo sie sich einerseits in das empirische „Dickicht“ hineinbegibt (Distanz aufgibt?), um die Restriktionen und (noch) vorhandene Handlungschancen im Detail aufzuspüren, ohne sich andererseits die Problemsicht der administrativen Praxis in entmündigender Weise aufdrängen oder gar vorschreiben zu lassen (Distanz wahrt).

Häußermann/Siebel legen ein neues Zielkonzept vor. Wir bezweifeln, daß die Defizite überhaupt im Bereich fehlender Zielinnovationen liegen. An Zielen besteht kein Mangel, und nicht zuletzt sind es staatliche Stellen, die — auch unter sozialen Gesichtspunkten — Initiativen hierzu eingebracht haben (z.B. Pfeiffer 1978, Sperling 1978). Ansetzen sollte die Diskussion also weniger an Zielen als vielmehr an deren Durchsetzungsmöglichkeiten und entsprechenden Strategien, dazu gehört, daß man sich zunächst einmal den Handlungs-dilemmata stellt, denen unter den gegebenen Bedingungen eine sozial engagierte Planung bzw. Politik ausgesetzt ist, und die auf absehbare Zeit nur ein sozial sensibilisiertes, immer aber kompromißhaftes 'muddling-through' zulassen. Denn wie soll sich etwa der Planer entscheiden,

- wenn er weiß, daß alles, was er sozial für wünschenswert hält, letztlich auf den Mietpreis durchschlägt,

- wenn er weiß, daß Modernisierungen soziale Härten hervorrufen, ausbleibende Investitionstätigkeit aber die Gefahr von Slumbildungsprozessen (eventuell amerikanischen Zuschnitts) birgt;



- wenn er weiß, daß durch eine hohe Subventionierung zwar in einzelnen Sanierungsobjekten die Mietsteigerung in Grenzen gehalten werden kann, daß aber dann anderen Objekten die knappen finanziellen Mittel entzogen werden müssen;
- wenn er weiß, daß jede Mietsubventionierung immer auch zugleich die Profitchancen des Haus- und Grundbesitzes erhöht;
- wenn er weiß, daß Zusammenballungen von 'Fremdarbeitern' in bestimmten Vierteln sie einerseits sozialemotional 'auffängt', sie andererseits ghettoisiert und mit Slumbildungsprozessen korreliert;
- wenn er gar befürchten muß, daß eine sozialorientierte Stadtpolitik, in dem sie ja soziale Probleme und Konflikte nicht zudeckt, sondern zunächst einmal öffentlich thematisieren muß, die sie zugleich

**Harald Bodenschatz, Tilman Harlander**

## Urbanisierung der Peripherie - Umkehr durch Trendverstärkung?

Die Ausführungen von Häußermann/Siebel fanden ein relativ großes Echo unter Planern und an den Universitäten. Damit kommt ihm zweifellos das Verdienst zu, eine längst überfällige kritische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen, „mittelschichtorientierten“ Stadtentwicklungspolitik in einem erweiterten Rahmen initiiert zu haben. Freilich scheinen uns aus der – wohl nicht immer ganz präzisen – Analyse etwas zu forsch eine Reihe von Schlußfolgerungen und Vorschlägen gezogen, die durchaus problematischen Charakter tragen und im folgenden durch einige Thesen in Frage gestellt werden sollen.

- Zunächst ist die Frage zu stellen, ob es ausreicht, die „Krise der Stadt“ als das Ausbleiben der „Kompensationen“ (abnehmende Zuzüge von Ausländern, abnehmen des Wachstum an Arbeitsplätzen) der säkularen Kern-Rand-Wanderungen zu definieren. Damit ist u.E. die Ebene der Problemperzeption der Administration prinzipiell noch nicht verlassen. Richtet man nämlich den Blick darauf, daß – auch in Relation zum Problem sinkender kommunaler Steuereinnahmen, Infrastrukturkapazitäten etc. – heute in erster Linie die Erträge (bzw. die Zuwachsraten) des innerstädtischen Bodens in die Krise zu geraten drohen, so liegt der Akzent auf der Problematisierung einer Entwicklung, in der die Zerstörung der Wohnqualität des städtischen Bodens in den Kernstädten relativ rascher voranschreitet als die Flächenexpansion des tertiären Sektors – eine Entwicklung, die freilich diese Gebiete nicht *unterschiedslos* betrifft, sondern eher eine weitere Dichotomisierung der Qualitäten innerstädtischen Wohnens befördert. In eben dieser Dichotomisierung (Slumbildung und gleichzeitig Verbürgerlichung) des innerstädtischen, aber auch des Wohnens am Stadtrand (unterversorgte Neubaughettos – ein eminent bedeutsamer, von der offiziellen Politik heutzutage „vergessener“ Aspekt für eine sozialorientierte Politik –,

nur ansatzweise zu 'lösen' vermag, offenbar eher delegitimierende Folgen zeitigt und bisweilen sogar der 'Gegenseite' zu nützen scheint (Wiesbaden, München etc.)? Angesichts dieser typischen, sehr konkreten Entscheidungsprobleme halten wir es nicht für ein Zeugnis von Ideenarmut, wenn man auf die Formulierung neuer Ziele verzichtet und sich mit solchen 'praktischen' Problemen befaßt. In diesem Zusammenhang halten wir es z.B. für vordringlicher, die in der politischen Diskussion bereits aufgetauchten, aber jahrelange verschobenen und verzögerten Reformvorschläge (z.B. Reform des Sozialen Wohnungsbaus, Wohngelderhöhung, Mietermodernisierung, Einrichtung von Instandsetzungskonten, Selbsthilfe usw.) aufzugreifen und zu unterstützen.

Villenviertel) und ihren ökonomischen (etwa auch Spaltung des Arbeitsmarktes, Marginalisierung von Arbeitslosen, Unterbeschäftigten etc.) sowie politischen (Krise der städtischen Sozialpolitik, schwindende Konsens- und Legitimationsbasis der gewohnten Muster traditioneller Kommunalpolitik, wachsende Konfliktpotentiale etc.) Bezügen und Implikationen läge u.E. ein politisch sinnvollerer Ansatzpunkt in der Diskussion um die „Krise der Stadt“.

- Beinhaltet nun der Ruf nach Attraktivitätssteigerung der Innenstädte wirklich eine echte *politische* Alternative oder entspricht er nicht vielmehr durchaus der Logik der „naturwüchsigen Entwicklung“, die Zentralitätsvorteile ausgewählter Gebiete wenn schon nicht dem tertiären Sektor, so doch einer alternativen, in Relation zum jetzigen Zustand renditeträchtigeren Nutzung, in diesem Falle der „gehobenen“ Wohnnutzung etwa durch junge „aufstrebende“ Familien, Alleinstehende etc. bereitzustellen? Anzeichen für ein derartiges Durchbrechen des „Teufelskreises“ der Verslumung durch den Markt selbst gibt es – zumal unter den Vorzeichen weiterhin überproportional steigender Bau- und Grundstückskosten an der Peripherie – seit Jahren und in wachsendem Maße etwa durch die vielpraktizierte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen u.ä. (staatlich gefördert u.a. durch den § 7b, vorzeitige Zurückzahlung der Förderungsmittel im sozialen Wohnungsbau). Eine Politik der Attraktivitätssteigerung der Innenstädte wäre dann in Wahrheit keine aktive, regulative politische *Trendwende*, sondern eine Verstärkung und flankierende Absicherung einer nach einem gewissen time-lag bereits vollzogenen Trendwende des Marktes. Damit würde eine solche Politik zunehmend weniger ein alternatives Wanderverhalten der Mittelschichten wirklich induzieren, als vielmehr staatlicherseits die von privater Seite geforderten Lagequalitäten verbessern oder auch die bereits aus der Regionalpolitik so be-

kannten „Mitnehmereffekte“ produzieren.

- Zentrale ideologische Säulen der neuen Stadtentwicklungspolitik scheinen uns die Schlagworte Eigentumsbildung, Sickereffekte und soziale Mischung zu sein, Schlagworte, die u.E. von einer kritischen Position her nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch dechiffriert werden müssen. Zu fragen ist: Wie ist der in Umfragen immer wieder „bewiesene“ (vgl. hierzu FR vom 18.4.79, S. 15, nach der eine neue „Wohnwunschstudie“ in Frankfurt zum Ergebnis hatte, daß 2/3 der Frankfurter Bürger dem Wohnen in renovierten Altbauten den Vorzug geben würden) Wunsch nach Hauseigentum im Grünen zu erklären und zu bewerten, wie die Folgen der Ideologie der „breiten Eigentumsbildung“ in sozialer (Individualisierung, Eigentümerverhalten etc.), politischer (Entpolitisierung, Tendenz zu konservativen Positionen) und städtebaulicher Hinsicht (Siedlungsbrei etc.) einzuschätzen? Ebenso wäre hinsichtlich der „Theorie der Sickereffekte“ u.a. zu untersuchen, wie die etwa durch Westphal (Leviathan 4/78) konstatierten Barrieren zwischen den – durch die Segmentierung des Arbeitsmarktes verstärkten – Segmenten des Wohnungsmarktes für die BRD einzuschätzen sind, wie sich in räumlicher und sozialer Hinsicht die quantitative und qualitative Verteilung des Wohnungsbestandes im Detail durchsetzt etc. Zu bedenken ist, daß die „Theorie der Sickereffekte“ eine Politik der Stimulierung der *privaten* und gerade nicht des – nicht zuletzt angesichts stagnierender Realeinkommen – dringend gebotenen sozialen Wohnungsbaus mit seinen kürzeren „chains of moves“ impliziert.

Hinsichtlich der Forderung nach „sozialer Mischung“ bzw. der Warnung vor „Segregation“ muß die Besonderheit der Verwendung dieser Begriffe in der politischen Praxis (im teilweisen Gegensatz zur wissenschaftlichen Diskussion) hervorgehoben werden: Für privilegierte Wohngebiete kommt kein Politiker auf die Idee, nach sozialer Mischung zu rufen (anders etwa in Italien, wo gerade auch die Forderung nach Requirierung von Luxuswohnungen in entsprechenden Quartieren oder allgemein nach einer sozialorientierten Umnutzung des Wohnungsbestandes zunehmend größere kommunalpolitische Bedeutung gewonnen hat) oder vor Segregation zu warnen; diese Begriffe werden hierzulande wesentlich zur Rechtfertigung der Vertreibung der Unterschichten aus Innenstadtrandgebieten mit privilegierter Lage funktionalisiert.

- Was nun die Alternativen bzw. die vorgeschlagene Dezentralisierungsstrategie betrifft, so ist zunächst die klassenneutrale Charakterisierung des Wesens bisheriger Stadtentwicklungspolitik der Großstädte („Sicherung der Dominanz der Kern-Stadt gegenüber ihrem Umland“) problematisch: Natürlich besteht eine Hierarchie der Räume (Kernstadt-Umland, Verdichtungsräume – periphere Regionen, Industrieländer – Entwicklungsländer). Doch sicher ist diese Hierarchie nicht in einem strikten Sinne deckungsgleich mit sozialen Hierar-